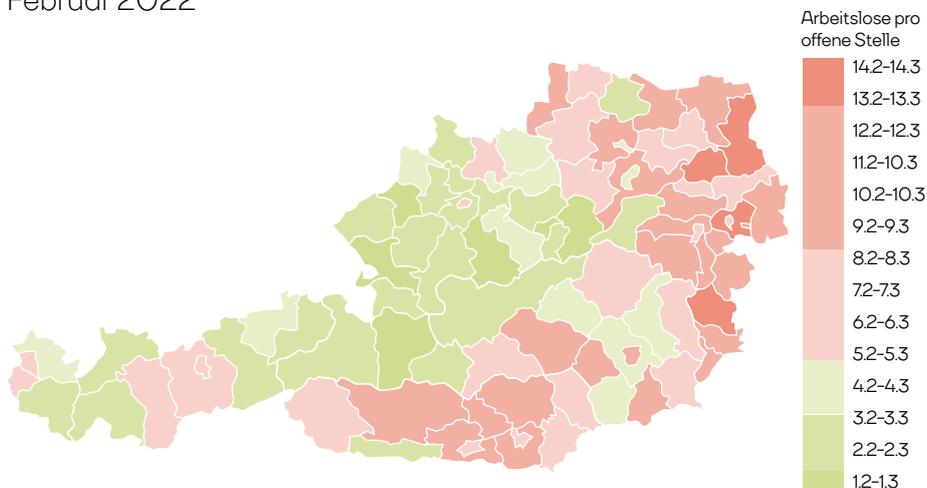


Geflüchtete Ukrainer:innen: Integration in den Arbeitsmarkt optimal begleiten

Geflüchtete Menschen brauchen eine Wohnung und einen Job, damit die Integration in die österreichische Gesellschaft klappt. Am Weg dorthin werden ihnen mehrere Steine in den Weg gelegt. Wer einen Job findet, verliert die Grundversorgung und damit den Anspruch auf eine Unterkunft, anstatt noch Zeit für die Wohnungssuche zu erhalten. Einige Bundesländer haben Geflüchtete bisher bei der Wohnungssuche zudem nicht ausreichend unterstützt. Viele Menschen wanderten deswegen nach Wien oder in Städte ab, wo aber die Jobchancen geringer sind. Denn im Osten ist die Arbeitsmarktsituation schlechter als in Oberösterreich, Salzburg oder den westlichen Bundesländern. Allerdings flüchten, im Gegensatz zu 2015, aus der Ukraine bisher vor allem Frauen sowie Kinder. Unzureichende Kinderbetreuungs-Angebote abseits der Großstädte werden die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen zusätzlich einschränken.

/ Abbildung 1: Offene Stellen im Westen, Arbeitslose im Osten. Februar 2022

Offene Stellen im Westen, Arbeitslose im Osten Februar 2022



Quelle: Arbeitsmarktdatenbank

/ Handlungsempfehlungen:

/ Die Verteilung, aber vor allem die dauerhafte Ansiedlung der geflüchteten Ukrainer:innen sollte sich auch an der Arbeitsmarktsituation orientieren.

/ Die Zuverdienstgrenze ist zu hart, weil Geflüchtete bei ihrem Überschreiten ihre Unterkunft in der Grundversorgung verlieren. Sie muss für Geflüchtete neu geregelt werden, um eine Jobaufnahme ohne sofortigen Verlust des Schlafplatzes zu ermöglichen. Das Vorarlberger Modell kann ein Vorbild sein.

/ Vor allem die Bundesländer müssen vor Ort eine gute Unterstützung bei der Wohnungssuche anbieten, damit geflüchtete Ukrainer:innen eine leistbare Wohnung vor Ort finden und lokale Jobangebote annehmen können.

/ Die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungs-Einrichtungen müssen vor allem auf dem Land ausgeweitet werden.

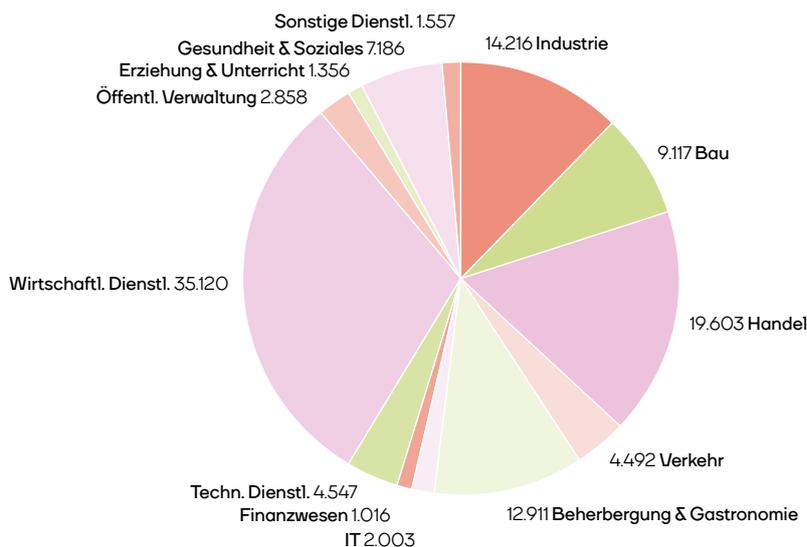
Die Flucht der Menschen vor dem Krieg in der Ukraine könnte zur größten Migrationsbewegung nach Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg führen. Die Ankunft einer großen Zahl an Geflüchteten erinnert an das Jahr 2015, als die letzte größere Migrationsbewegung in Österreich ankam. Doch was hat Österreich seitdem in der Integrationsarbeit gelernt? Welche Schlüsse lassen sich ziehen, damit die neu geflüchteten Ukrainer:innen längerfristig gut in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden können?

/ Wo gibt es Arbeitsplätze für geflüchtete Ukrainer:innen?

Zunächst einmal: Wo und in welchen Branchen sind überhaupt die verfügbaren Jobangebote in Österreich? Am meisten Jobs gibt es im Dienstleistungsbereich, in Gastronomie & Hotellerie, und im Handel, gefolgt von der Industrie. Die Branchen Industrie, Tourismus, und Dienstleistungen sind in Österreich ungleich verteilt. Derzeit sind vermehrt Jobs in den Tourismus- oder Industrieregionen verfügbar.

/ Abbildung 2: Offene Stellen nach Branchen

Dienstleistungen, Gastro, Handel und Industrie suchen das meiste Personal



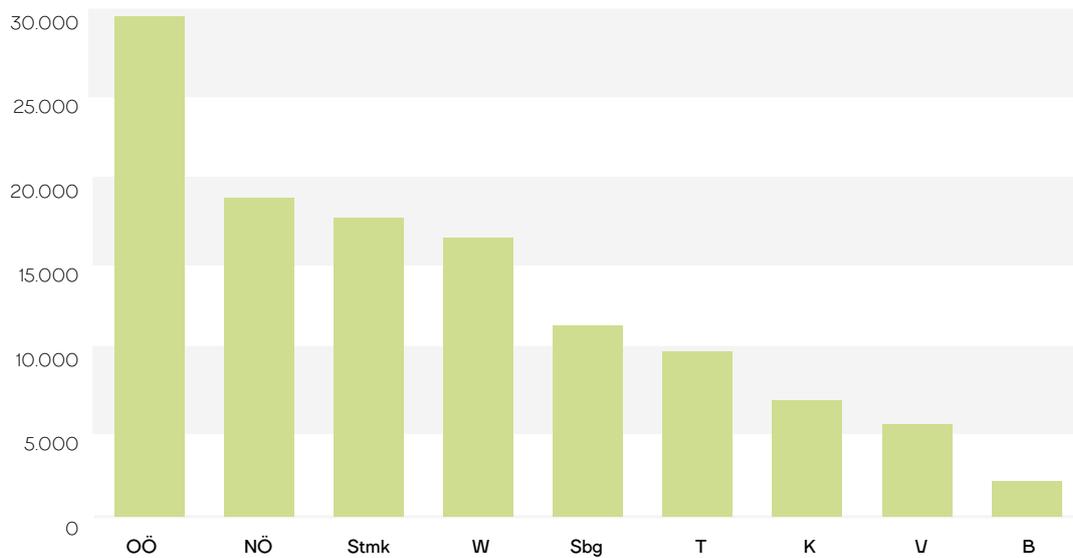
Quelle: Eigene Berechnung, Arbeitsmarktdatenbank

Anmerkungen: Nur Sektoren mit mehr als 1.000 offenen Jobs (ca. 98% der offenen Stellen; Februar 2022)

Diese regionale Komponente gilt es bei der Verteilung von Flüchtlingen zu berücksichtigen. Denn es ist wenig sinnvoll, besonders dort viele Geflüchtete anzusiedeln, wo es ohnehin wenige Jobinserte gibt. Ebenso kontraproduktiv wirkt es in Gegenden, wo den Jobangeboten bereits eine hohe Anzahl an einheimischen oder hier lebenden Arbeitssuchenden gegenübersteht. Die meisten offenen Stellen gab es im Februar 2022 in Oberösterreich. Fast 30.000 Stellen waren dort ausgeschrieben. Danach folgen Niederösterreich und die Steiermark. Das bevölkerungsreichste Bundesland Wien befindet sich nur an vierter Stelle.

/Abbildung 3: Offene Stellen pro Bundesland.

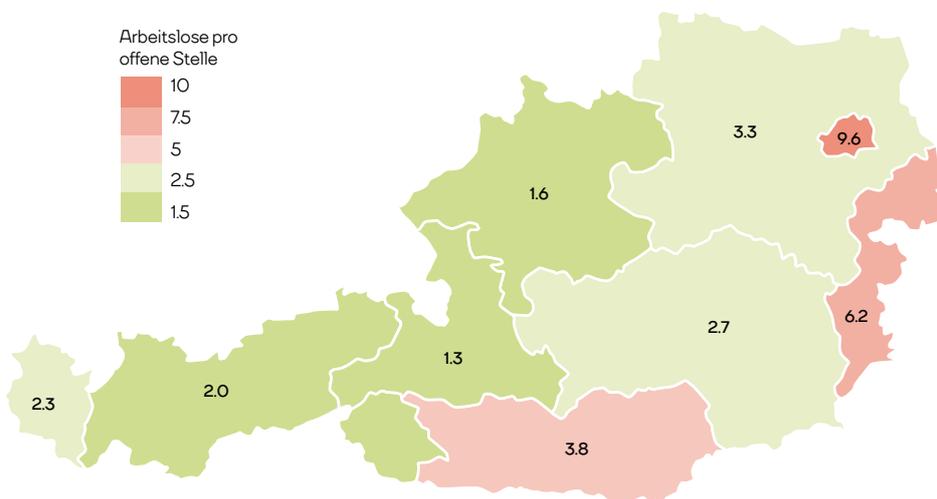
In Oberösterreich gibt es fast 30.000 offene Stellen



Arbeitsmarktdatenbank, Februar 2022

/Abbildung 4: In Salzburg kommen auf eine Stelle durchschnittlich 1,3 Arbeitslose

In Salzburg kommen auf eine offene Stelle durchschnittlich 1,3 Arbeitslose



Quelle: Arbeitsmarktdatenbank, Februar 2022

Eine bessere Vergleichbarkeit der Bundesländer, die auch die Größe des Bundeslands berücksichtigt, bietet das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen. Auch hier zeigt sich im Österreich-Vergleich, dass im Westen überdurchschnittlich viele offene Stellen pro arbeitsloser Person zu besetzen sind. Hervorzuheben sind hier insbesondere die Industrieregionen in Oberösterreich und die Tourismusregionen in Salzburg und Tirol. In Salzburg kommen auf eine offene Stelle nur 1,3 arbeitslose Menschen. In Oberösterreich sind es 1,6 und in Tirol 2. Im Osten ist die Situation hingegen deutlich angespannter. In Wien und im Burgenland gibt es deutlich mehr Arbeitslose pro offene Stelle. Der

Verteilungsschlüssel, nach dem geflüchtete Ukrainer:innen in Österreichs Bundesländern letztlich angesiedelt werden, sollte sich auch nach Arbeitsmarkt-Kriterien richten. Denn in Regionen mit mehr offenen Stellen ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass Unternehmen und (geflüchtete) Arbeitssuchende zusammenfinden und so der Wohlstand der Regionen steigt.

/ Eine rasche Anerkennung der Berufsabschlüsse hilft der Vermittlung in Jobs

Die Frage ist, ob ukrainische Geflüchtete bereits für Berufe in besonders nachgefragten Branchen ausgebildet sind oder zumindest daran interessiert sind, sich in diesen Branchen ausbilden zu lassen. Um über das Qualifikationsprofil ukrainischer Geflüchteter genaue Aussagen zu treffen, fehlen noch aktuelle Daten. Grundsätzlich ist das Ausbildungsniveau in der Ukraine sehr hoch, in der Altersgruppe der 30–34-Jährigen ist der Anteil von Personen mit Hochschulabschluss mit 57% sogar höher als in Österreich mit 42% (Bock-Schappelwein & Huber, 2022). Eine Untersuchung der Sozialversicherungsdaten zeigt, dass bereits in Österreich lebende Ukrainer:innen zu fast 40% in Wien leben. Und sie arbeiten überdurchschnittlich oft in der Land- und Forstwirtschaft. Fast 13% der Ukrainer:innen arbeiten in dieser Branche, in der Gesamtbevölkerung sind es nur 0,7%. Im Handel ist der Anteil der bereits in Österreich lebenden Ukrainer:innen etwas höher als unter der Gesamtbevölkerung, in der Industrie jedoch nur knapp halb so hoch.

Es ist jedoch generell die Frage zu stellen, inwieweit sich das Qualifikationsprofil der Ukrainer:innen, sowohl in der Ukraine als auch in Österreich, mit jenen deckt, die nun nach Österreich flüchten. Medienberichten ist zu entnehmen, dass bisher 40.000 Geflüchtete aus der Ukraine in Österreich erfasst worden sind, unter ihnen sind 70 Prozent weiblich und 35 Prozent minderjährig (orf.at, 2022; Zeit im Bild 2, 2022). Da das Qualifikationsprofil in westlichen Ländern sehr stark mit dem Geschlecht korreliert, ist es nicht unwahrscheinlich, dass das Qualifikationsprofil jener, die nun nach Österreich flüchten, ein anderes ist als das der ukrainischen Gesamtbevölkerung. Hier gilt es möglichst rasch valide Daten zu Ausbildung und Interessen zu bekommen, um eine effiziente Verteilung früh zu gewährleisten. Um Geflüchtete möglichst rasch in den Arbeitsmarkt zu bringen, ist eine rasche und unbürokratische Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse entscheidend (Bock-Schappelwein & Huber, 2022).

/ Wie bringt man die Menschen dorthin, wo es Arbeitsplätze gibt? Die Verfügbarkeit einer Wohnung als entscheidender Faktor

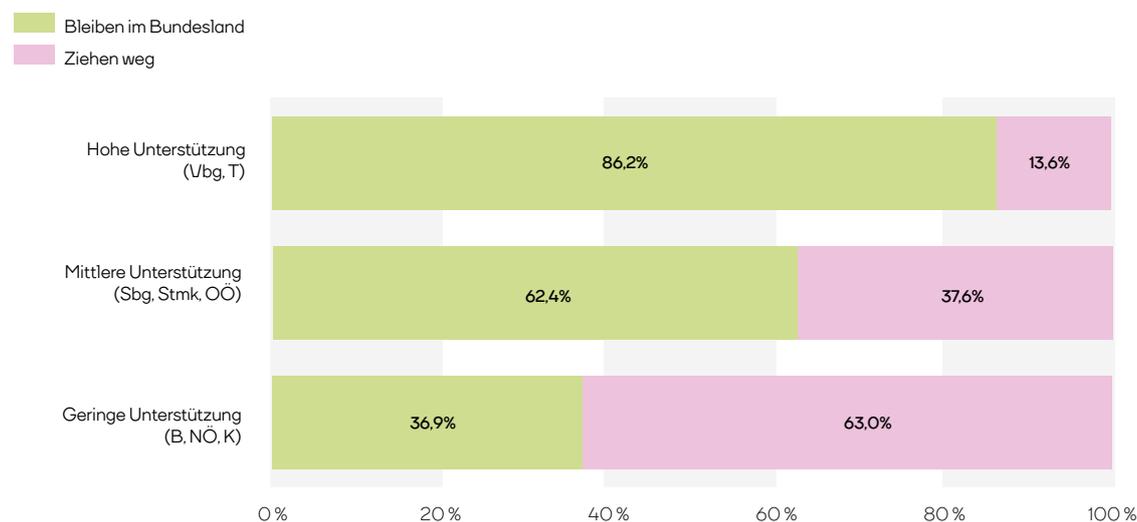
Für eine erfolgreiche Integration braucht es neben Arbeit auch Wohnraum für die Ukrainer:innen. Dieser Aspekt wurde als Bedingung für eine erfolgreiche Integration ab 2015 zu wenig beachtet. Nicht nur das, die fehlenden Wohnmöglichkeiten haben sogar einige unbeabsichtigte Nebenwirkungen ausgelöst, die die Arbeitsmarktintegration erschwert haben (Dellinger 2021). Wie wirkt die Wohnungssuche auf die spätere Arbeitsmarktintegration? Wenn Geflüchtete nach der Anerkennung gezielt bei der Wohnungssuche unterstützt werden, bleiben sie in den Regionen Österreichs, wo sie eine entsprechende Wohnung finden. Werden sie nicht unterstützt, kommt es häufiger zu einer Abwanderung nach Wien, wo migrantische Communitys einen leichteren Einstieg ins Leben versprechen. Doch gerade in Wien gibt es nur wenige freie Jobs im Vergleich zur Zahl der Arbeitslosen.

Ein großer Fehler 2015 war und ist: In Österreich werden zwar Asylwerber:innen gemäß einer Quote zunächst auf die Bundesländer verteilt. Doch wo anerkannte Geflüchtete schlussendlich wohnen, blieb und bleibt immer noch weitgehend dem Zufall überlassen. Vier Monate nach der Anerkennung des Asylantrags verlieren Asylberechtigte den Anspruch auf Grundversorgung und damit einhergehend den Anspruch auf Unterbringung in einer Flüchtlingsunterkunft. An dieser Stelle tritt der entscheidende Unterschied bei der staatlichen Steuerung der Wohnungssuche zutage. In manchen Bundesländern erhalten Geflüchtete nach der Anerkennung eine umfassende Unterstützung bei der

Wohnraumsuche. In anderen Bundesländern hingegen müssen manche Gruppen, insbesondere alleinstehende Männer, alleine zurechtkommen. Wenig überraschend bleiben Geflüchtete nach der Anerkennung in denjenigen Bundesländern, in denen sie auch bei der Wohnraumsuche unterstützt werden. Mit geringen Sprachkenntnissen, ohne Geld und gesichertem Einkommen ist die Wohnraumsuche am freien Wohnungsmarkt fast unmöglich. Ohne institutionelle Unterstützung versuchen Geflüchtete mithilfe der ethnischen Gemeinschaften („Community“) zumindest ein Dach über dem Kopf und einen Schlafplatz zu finden, doch die Gemeinschaften finden sich hauptsächlich in Wien. Mit dem Effekt, dass rund die Hälfte der anerkannten Geflüchteten in Wien lebt (Dellinger 2021, Aigner 2019). Während in Tirol und Vorarlberg 90 % der Geflüchteten nach der Anerkennung im Bundesland bleiben, haben bereits drei Monate nach dem Austritt aus der Grundversorgung über 40 % aller Geflüchteten Niederösterreich, das Burgenland und Kärnten wieder verlassen. Selbst junge alleinstehende Männer – von denen man annehmen könnte, es zöge sie in die Großstadt – hält die Unterstützung bei der Wohnungssuche zu 86 % in Tirol und Vorarlberg. Die fehlende Unterstützung in Niederösterreich, dem Burgenland oder Kärnten treibt sie jedoch weg. Dort bleiben nur 37 % (Dellinger, 2021).

/Abbildung 5: Geflüchtete bleiben in den Bundesländern, wenn sie bei der Wohnungssuche unterstützt werden

Geflüchtete bleiben in den Bundesländern, wenn sie bei der Wohnungssuche unterstützt werden



Quelle: (Dellinger, 2021). Beobachtungszeitraum 2012–2019

Mittelfristig hat das große Auswirkungen auf die Arbeitsmarktintegration, denn die Unterschiede in den Beschäftigungsraten zwischen Geflüchteten in den einzelnen Bundesländern sind enorm: Während in Tirol und Vorarlberg zwei Jahre nach der Anerkennung 44 % der Geflüchteten bereits in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, sind es in Wien nur 15 % (Dellinger 2021). Der Mangel an verfügbaren Arbeitsplätzen in Wien – im Vergleich zu Tirol oder Vorarlberg – spielt dabei eine bedeutende Rolle.

/ Ohne Job kaum Einkommen in der Grund- sicherung

Ein ganz wesentlicher Unterschied im institutionellen Umgang Österreichs mit den Geflüchteten aus der Ukraine und Geflüchteten aus Syrien und Afghanistan 2015 besteht darin, dass erstmalig die Massenzustrom-Richtlinie der EU aktiviert wurde, die ein temporäres Aufenthaltsrecht zum Schutz der Geflüchteten gewährt. Für die Ukrainer:innen, die jetzt neu ankommen und in Österreich bleiben möchten, bedeutet das, sie müssen kein Asylverfahren durchlaufen. Gleichzeitig werden sie aber auch nicht Asyl erhalten. Die Genfer Flüchtlingskonvention garantiert unter anderem die soziale Absicherung von Asylberechtigten. Diese dürfen nicht schlechter gestellt werden als Staatsbürger:innen und dementsprechend steht Asylberechtigten der Zugang zu Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung offen. Für Geflüchtete aus der Ukraine ist aktuell nur die Grundversorgung vorgesehen. In der Praxis bedeutet das: Entweder Geflüchtete wohnen in einer betreuten Unterkunft, wo sie mit einem Taschengeld von rund EUR 50 pro Monat auskommen müssen. Oder: Geflüchtete, die privat unterkommen, erhalten einen monatlichen Mietzuschuss von EUR 150 für Einzelpersonen und EUR 300 für Familien sowie ein monatliches Verpflegungsgeld von EUR 215 pro Erwachsenen und EUR 100 pro Kind. Was bedeutet das für eine ukrainische Mutter mit zwei Kindern? Kommt sie in einer betreuten Unterkunft unter, erhält zusätzlich zu Quartier und Verpflegung bescheidene EUR 150 pro Monat. Wenn sich die Familie privat unterbringt, muss sie sich selbst versorgen und erhält dafür nur 715 EUR. Zum Vergleich: Die Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe neu sieht für eine:n Alleinerziehende:n mit zwei Kindern in Salzburg EUR 1.594 im Monat vor, in Wien EUR 1.506. Familien in der Grundsicherung erhalten also nicht einmal die Hälfte der Leistungen, die sie als anerkannte Geflüchtete erhalten würden.

Die Notwendigkeit eines Jobs ist daher groß, um in Österreich Geld zu verdienen und damit über die Runden zu kommen. Im Gegenteil zu den Geflüchteten im Jahr 2015 steht den Menschen aus der Ukraine grundsätzlich der Arbeitsmarkt offen (sobald sie registriert sind und eine „Blaue Karte“ erhalten haben). Viele der neu zu uns Gekommenen sind jedoch alleinerziehende Mütter mit vermutlich traumatisierten Kindern, die kein Deutsch sprechen. Es wird auch Ukrainer:innen geben, die sehr rasch und problemlos am Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Doch für die große Mehrheit sollte man realistische Erwartungen ansetzen. Wichtig ist, dass Geflüchtete die Möglichkeit bekommen, qualitativ hochwertige Deutschkurse zu besuchen. Nur so gelingt eine längerfristig nachhaltige Integration. Ein Fehler aus der Zeit des Jugoslawienkriegs droht sich sonst zu wiederholen: Geflüchtete könnten aufgrund mangelnder sozialer Absicherung und schlechter Sprachkenntnisse gezwungen sein „jeden Job“ anzunehmen. Die Folge könnte eine Zunahme ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse sein. Deswegen gilt es, die Mittel für Deutschkurse massiv zu erhöhen. Eine Möglichkeit wäre auch, das vorzeitig abgeschaffte Integrationsjahr wieder einzuführen. Deutschkurse sowie Praktika im Arbeitsleben („Arbeitstrainings“ des AMS) halfen den Teilnehmer:innen, einen Job zu finden. Während eine endgültige Evaluierung des WIFO nicht veröffentlicht wurde, unterstreicht die umfangreiche Evaluierungsliteratur die positiven Aspekte einer zielgruppenspezifischeren Betreuung. Zu diesen zählten, Migrant:innen in Arbeitsplätze mit höheren Löhnen zu vermitteln sowie das Ergebnis, dass sich solche Projekte binnen weniger Jahre amortisieren können (WIFO, 2018).

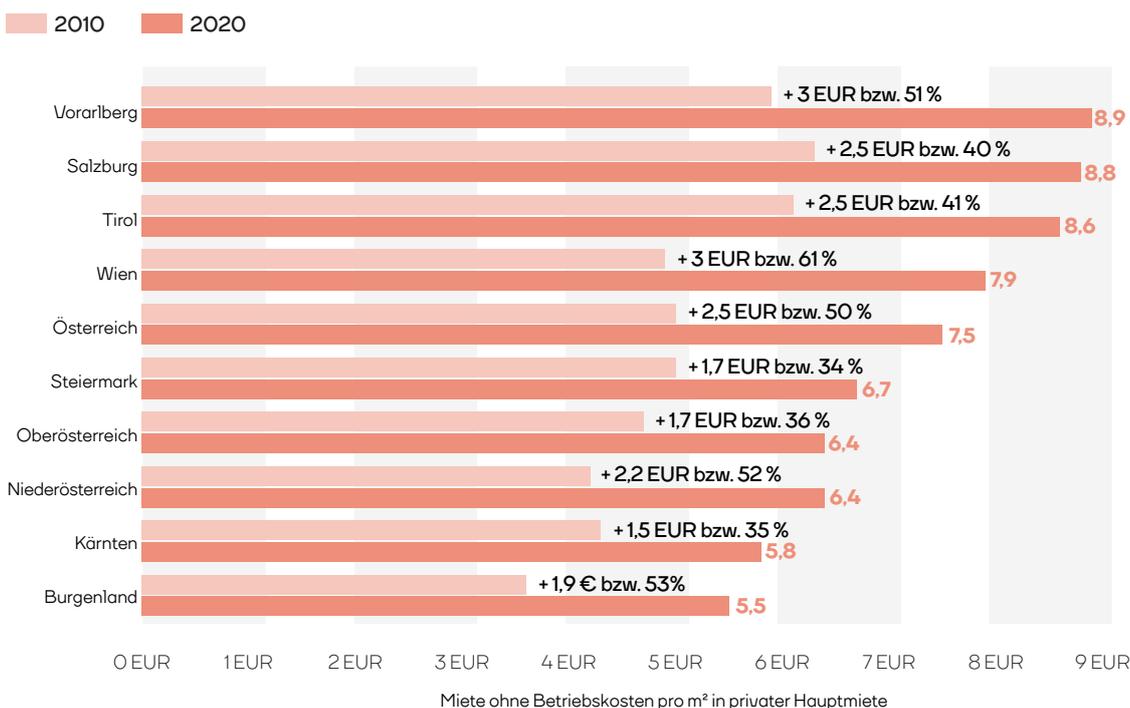
/ Am Ende der Grundsicherung: Der Verlust der Unterkunft als Hürde für das Finden eines Jobs

Essenziell ist die Frage des Wohnraums. Einerseits sollte bei der Quartiersuche heute bereits mitbedacht werden, ob in einer Region auch ausreichende und passende Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Andererseits sollte der Übergang aus der Grundversorgung in die Zeit danach neu überdacht werden. Für Menschen in der Grundversorgung besteht in den meisten Bundesländern eine Zuverdienstgrenze von EUR 120 für Einzelpersonen. Wer mehr verdient, verliert den Anspruch auf Grundversorgung und damit die Unterkunft. Medienberichten ist zu entnehmen, dass die Bundesregierung eine Erhöhung dieser Zuverdienstgrenze auf 485 Euro plant. Eine solche Erhöhung würde den Einstieg in dem Arbeitsmarkt für ukrainische Geflüchtete erleichtern. Allerdings ermöglicht auch diese Grenze nur eine geringfügige Beschäftigung. Es löst somit das Grundproblem nicht. Sinnvoller wäre, bei Aufnahme eines Vollzeitjobs zwar die Geldleistung der Grundversorgung zurückzufahren. Doch der Anspruch auf eine Unterkunft sollte noch für einige Monate erhalten bleiben. Damit für die Wohnungssuche ausreichend Zeit ist.

Für alle Gruppen spielt diese Grenze eine signifikante Rolle: Für Geflüchtete aus der Ukraine, für Asylwerber, die mittlerweile alle nach einer Arbeitsmarktprüfung arbeiten dürften und für subsidiär Schutzberechtigte, die in den meisten Bundesländern keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe haben und in der Grundversorgung verbleiben. Für sie bedeutet diese Zuverdienstgrenze, dass sie zum Zeitpunkt des Übertritts in den Arbeitsmarkt finanziell sehr verwundbar sind. Sie müssen gleichzeitig einen Wohnraum und einen Arbeitsplatz finden. Verlieren sie den Job, stehen sie mit finanziellen Verpflichtungen aus einem Mietvertrag da, aber ohne Einkommen. Auch aufgrund der immer weiter steigenden Mieten ist die Situation für Geflüchtete heute noch deutlich schwieriger als noch vor einigen Jahren. Von 2010 bis 2020 stiegen die privaten Mieten um durchschnittlich 50 Prozent, am stärksten war der Zuwachs in Wien mit 61 Prozent.

/ Abbildung 6: Höhe privater Hauptmieten nach österreichischen Bundesländern

Private Hauptmiete in Wien und im Westen am teuersten



Quelle: Statistik Austria, Eigene Berechnungen

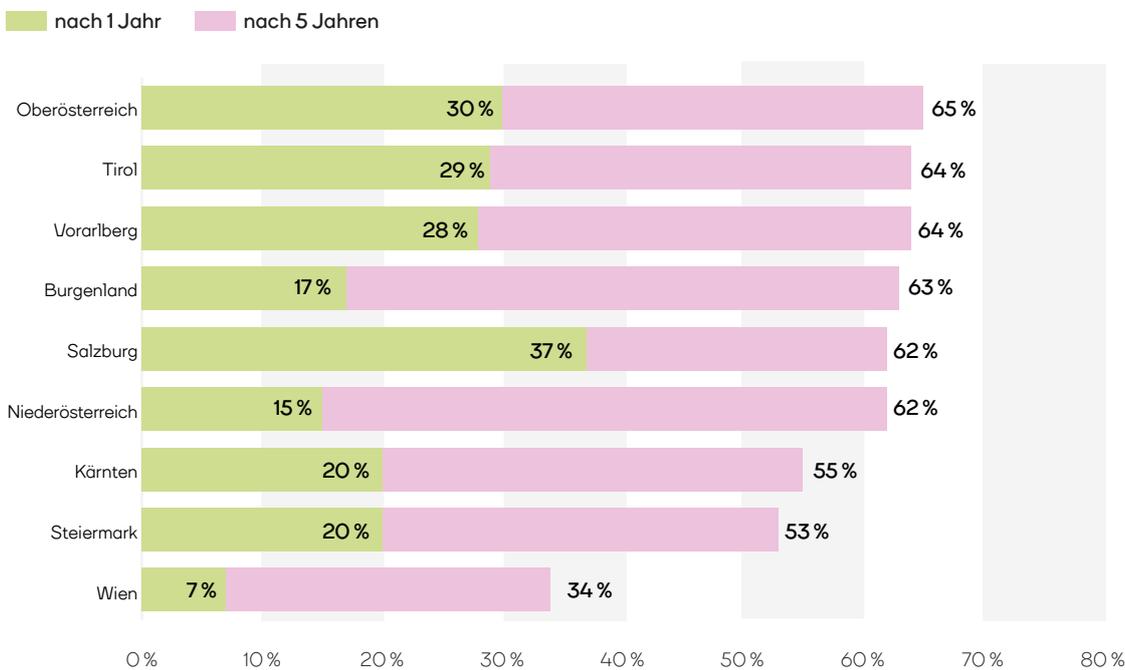
/ Das Vorarlberger Modell: Unterkunft trotz Job behalten

Die Frage des Übertritts aus der Grundversorgung sollte daher neu geregelt werden (Dellinger 2021). In Vorarlberg wurde ein Modell entwickelt, in dem Geflüchteten unmittelbar nach der Anerkennung angeboten wird, ihr Zimmer in der Grundversorgung über einen Untermietvertrag zu mieten. Offiziell scheiden sie also aus der Grundversorgung aus. Sie dürfen aber noch bis zu zwei weitere Jahre – solange es für sie sinnvoll ist – in den Quartieren wohnen, auch wenn sie einer Arbeit nachgehen. Geflüchtete in Vorarlberg weisen besonders hohe Beschäftigungsraten und Löhne auf.

/ Abbildung 7: Erwerbsquoten von Geflüchteten nach Bundesländern im Zeitverlauf

Im Westen Österreichs finden Geflüchtete öfter und schneller einen Job

Erwerbsquote von Geflüchteten nach 1 und 5 Jahren



Quelle: Statistik Austria, Eigene Berechnungen

Der bestmögliche Weg in den Arbeitsmarkt gelingt durch einen behutsamen Ausstieg aus der Absicherung mit viel staatlicher Begleitung. Und eine schrittweise Organisation der eigenen Selbstständigkeit mit der jederzeitigen Absicherung, wieder in die ursprüngliche Wohnmöglichkeit zurückkehren zu können.

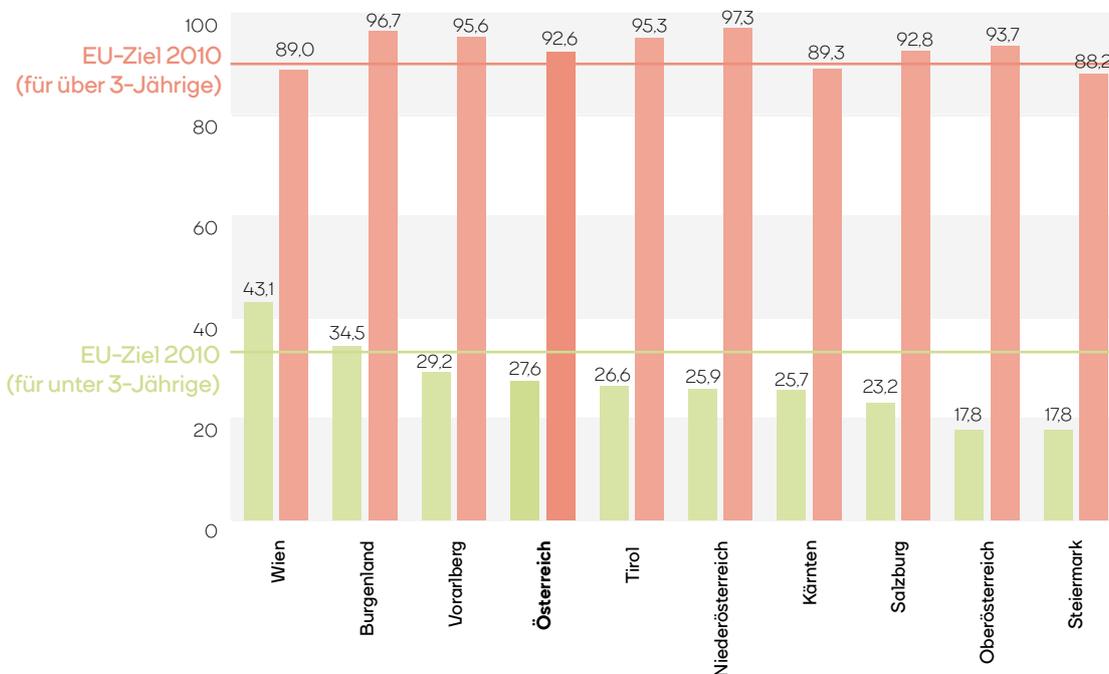
/ Fehlende Kinderbetreuung als Job-Hindernis

Neben der häuslichen Unterbringung brauchen Geflüchtete mit Kindern aber auch noch eine zweite Voraussetzung, um am Arbeitsmarkt teilzunehmen: Eine geeignete Kinderbetreuung. Hier hat Österreich Aufholbedarf. Denn die Republik erreicht die Kinderbetreuungsziele der EU nicht. Insbesondere der Westen Österreichs, also gerade jene Bundesländer mit vergleichsweise vielen Jobangeboten, hinken besonders hinterher. Die Steiermark verfehlt sowohl für die unter 3-Jährigen als auch für die über 3-Jährigen das EU-Ziel, nur das Burgenland erreicht die Ziele für beide Altersgruppen. Die westlichen Bundesländer reüssieren unterschiedlich stark. Während Vorarlberg über dem Österreich-Schnitt liegt, liegen Tirol und Salzburg darunter, Oberösterreich ist sogar nur Vorletzter und verfehlt das Kinderbetreuungsziel der EU für die unter 3-Jährigen deutlich.

Bei der Vollzeit-Tauglichkeit sieht die Lage mit der Ausnahme von Wien düster aus. Um einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen, brauchen Eltern ein Kinderbetreuungsangebot, das entsprechend lang offen hat. Außerhalb der Stadt Wien haben jedoch nur 2 von 10 Kinderbetreuungseinrichtungen länger als 10 Stunden am Tag offen. Insbesondere der Westen Österreichs hat hier enormen Aufholbedarf, keines der westlichen Bundesländer erreicht hier eine Quote von 30 %, in Oberösterreich sind es sogar nur 14 %. Für Bundesländer, die ein attraktiver Standort für alleinerziehende Arbeitskräfte sein möchten, besteht hier Handlungsbedarf. Weil der Ausbau dieser öffentlichen Infrastruktur kostenintensiv ist, könnten größere Betriebe mit Betriebskindergärten rasch auf die Versäumnisse reagieren. Kleinere Betriebe, etwa in Tourismusregionen, könnten sich zusammenschließen und gemeinsam Kinderbetreuung organisieren.

/ Abbildung 8: Nur das Burgenland erreicht EU-Ziel bei Betreuungsquoten für alle Altersgruppen

Nur das Burgenland erreicht EU-Ziel bei Betreuungsquoten für alle Altersgruppen



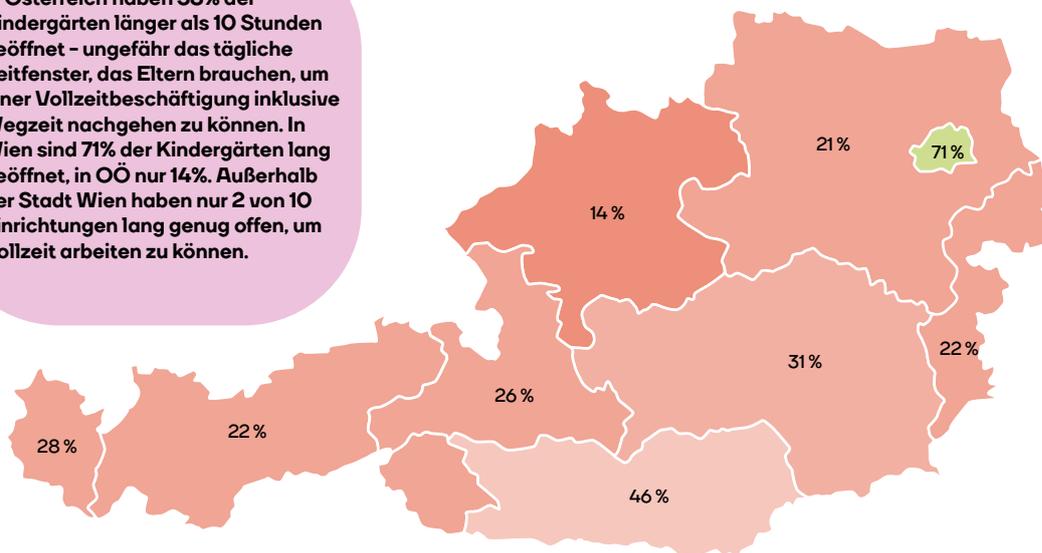
Quelle: Statistik Austria 2020

/Abbildung 9: Anteil der Kindergärten, die über 10 Stunden geöffnet haben, nach Bundesländern

Außerhalb Wiens ist nur jeder 5. Kindergartenplatz Vollzeit-tauglich

Nur 14 Prozent der Kindertagesstätten in Oberösterreich haben länger als 10 Stunden geöffnet

In Österreich haben 38% der Kindergärten länger als 10 Stunden geöffnet - ungefähr das tägliche Zeitfenster, das Eltern brauchen, um einer Vollzeitbeschäftigung inklusive Wegzeit nachgehen zu können. In Wien sind 71% der Kindergärten lang geöffnet, in OÖ nur 14%. Außerhalb der Stadt Wien haben nur 2 von 10 Einrichtungen lang genug offen, um Vollzeit arbeiten zu können.



Quelle: Statistik Austria

Auch aus Sicht der Schulkapazitäten wäre eine ausreichende Verteilung der Geflüchteten mit Kindern in die westlichen Bundesländer erstrebenswert. Während in Wiener Schulklassen stets vergleichsweise viele Kinder sitzen, ist in westlichen Bundesländern mehr Platz. In der durchschnittlichen österreichischen Volksschulklasse sitzen 18,6 Schüler:innen, in Wien sind es bereits 21,3 (Statistik Austria, 2021). In Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich sitzen in jeder Volksschulklasse im Durchschnitt weniger als 18 Kinder, in Salzburg 18,4. Auch in der NMS liegt Wien über dem Österreich-Schnitt von 20,1 Kinder pro Klasse. Während sich die westlichen Bundesländer etwa im diesem Schnitt bewegen, sitzen in einer Wiener NMS-Klasse durchschnittlich 21,8 Kinder. In der AHS-Unterstufe sind die Unterschiede hingegen deutlich geringer. Alle Bundesländer bewegen sich hier um den Österreich-Schnitt von 24,7.

/ Referenzen

- Aigner, A. (2019). Housing Entry Pathways of Refugees in Vienna, a City of Social Housing. *Housing Studies*, 34(5):779–803.
- Bock-Schappelwein, J. and Huber, P. (2022). Flüchtlinge aus der Ukraine. Erwartete Entwicklung und Herausforderungen. WIFO Research Briefs 8/2022.
- Bundesministerium für Bildung (2017) Flüchtlingskinder und -jugendliche an österreichischen Schulen. Beilage zum Rundschreiben Nr. 21/2017.
- Dellinger, F. and Huber, P. (2021). The Impact of Welfare Benefits on the Location Choice of Refugees - Testing the Welfare Magnet Hypothesis. *WIFO Working Papers*, (626/2021). <https://www.econstor.eu/handle/10419/231466>
- Dellinger, F. (2021). Housing Support Policies and Refugees' Labour Market Integration in Austria. Working Papers in Economics and Statistics. 2021-32. Universität Innsbruck <https://www2.uibk.ac.at/downloads/c4041030/wpaper/2021-32.pdf>
- Fink, M., Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Lorenz, C., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M. (2019) Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2018 bis 2025. WIFO Studies.
- Orf.at (2022). 27.000 Vertriebene bisher ins Österreich erfasst. <https://orf.at/stories/3255501/> [Zugriff: 24.03.2022]
- Statistik Austria (2021). Klassenschülerzahlen im Schuljahr 2020/21 in ausgewählten Schultypen. Online: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bildung/schulen/schulbesuch/index.html
- WIFO (2018). Evaluierung des Paktes für Arbeit und Qualifizierung für Oberösterreich. Online: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=66774&mime_type=application/pdf
- WIFO (2021) Mittelfristige Prognose 2022 bis 2026: Starker privater Konsum treibt Wirtschaftswachstum. Presseaussendung. Online: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=68038&mime_type=application/pdf [Zugriff: 24.03.2022]
- Zeit im Bild 2 (2022). Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt. Online: <https://tvthek.orf.at/profile/ZIB-2-am-Sonntag/13890057/ZIB-2-am-Sonntag/14130472> [Zugriff: 04.04.2022]

/ Kontakt

/ Momentum Institut
Märzstraße 42/1, 1150 Wien, Österreich
kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at

